

Sozialbudget

Die Bundesregierung gibt mit dem Sozialbudget jährlich einen Überblick über das Leistungsspektrum und die Finanzierung der sozialen Sicherung. Nach dem aktuellen Sozialbudget wurden im Jahr 2006 für soziale Leistungen voraussichtlich insgesamt 700,2 Milliarden Euro ausgegeben. Gegenüber 2005 blieben die Sozialleistungen konstant, während das nominale Wirtschaftswachstum bei 3 % lag. Das Verhältnis von Sozialleistungen zum Bruttoinlandsprodukt – die Sozialleistungsquote – ist damit von 31,2 % im Jahr 2005 auf 30,3 % im Jahr 2006 zurückgegangen. Seit ihrem Höchststand im Jahr 2003 mit 32,3 % hat sich die Quote kontinuierlich verringert und liegt mittlerweile unter dem Wert des Jahres 1995.

Ein Tabellenauszug (Stand Mai 2007) steht im Internet unter www.bmas.bund.de/BMAS/Navigation/Soziale-Sicherung/berichte,did=207348.html

Erwerbstätigenbefragung

Jeder zehnte Beschäftigte in Deutschland beurteilt seinen Gesundheitszustand als weniger gut oder schlecht. Dies ist ein Ergebnis der fünften Erwerbstätigenbefragung durch die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) und das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB). Die repräsentative Befragung von 20.000 Beschäftigten liefert aktuelle Daten über die Arbeitsbedingungen in Deutschland.

Die BAuA wertete die Daten hinsichtlich Belastungen und Beanspruchungen der Beschäftigten sowie deren Gesundheitszustand aus. Als Trend zeichnet sich eine zunehmende Flexibilisierung der Arbeitszeiten ab. Mangelnde Unterstützung durch Vorgesetzte und Kollegen, fehlende Informationen, Termin- und Zeitdruck belasten Betroffene stark. Arbeit im Stehen, Zwangshaltungen sowie das Heben und Tragen schwerer Lasten gehen auf die Knochen. Entsprechend führen Schmer-

zen im Nacken, Rücken und an den Schultern gemeinsam mit allgemeinen Erschöpfungszuständen die Liste der gesundheitlichen Beschwerden an. Insgesamt geben die Beschäftigten jedoch eine hohe Arbeitszufriedenheit an.

Die ausführlichen Ergebnisse der Erwerbstätigenbefragung 2006 stehen im Internet unter www.baua.de/arbeitsbedingungen

Wettbewerb Medizinwirtschaft

Am 1. September beginnt der bundesweite Businessplan Wettbewerb Medizinwirtschaft Herbst 2007. Der Wettbewerb hat das Ziel aus medizinwirtschaftlichen Geschäftsideen in nur drei Monaten einen vollständigen Businessplan zu machen und so die Unternehmensgründung zu vereinfachen. Der Businessplan als wichtigste Grundlage für Finanzierungsgespräche, die Steuerung des neuen Unternehmens und die Planung der Unternehmensentwicklung entsteht im Rahmen des Wettbewerbs mit Hilfe von Mentoren und Spezialisten.

Der Businessplan Wettbewerb Medizinwirtschaft setzt auf eine intensive Betreuung der Teilnehmer. Jeder Gründer kann auf das Fachwissen und die Erfahrung von speziell für den Wettbewerb akkreditierten Mentoren zurückgreifen. Rund 60 erfahrene Manager und Unternehmer hat die Startbahn Ruhr für diese wichtige ehrenamtliche Aufgabe gewonnen. Verstärkt werden die Mentoren durch Spezialisten – unter anderem aus den Bereichen Patentrecht, Zulassungsfragen und Marketing. Durch ein umfangreiches Qualifizierungsangebot aus Seminaren und Workshops zu den verschiedenen Kapiteln des Businessplans unterstützt der Wettbewerb die Teilnehmer auf dem Weg zum optimalen Businessplan. Möglich gemacht wird der für die Teilnehmer kostenfreie Wettbewerb durch eine Förderung des Landes NRW und der EU.

Weitere Informationen stehen im Internet unter www.startbahn-ruhr.de

Auslastung der Krankenhausbetten steigt

Nach vorläufigen Ergebnissen der Krankenhausstatistik 2006 stieg die Auslastung der Krankenhausbetten in Deutschland auf 76,3 % (2005: 74,9 %) an. Die zunehmende Bettenauslastung ist Folge einer deutlichen Verringerung der Bettenkapazität um 13.000 (– 2,5 %) auf jahresdurchschnittlich 511.000 aufgestellte Betten einerseits und des gleichzeitigen geringeren Rückgangs der Berechnungs- und Belegungstage um 1,06 Millionen (– 0,7 %) auf 142,2 Millionen andererseits. Die Bettendichte entspricht 620 aufgestellten Krankenhausbetten je 100.000 Einwohnern (2005: 635 Betten).

Die Zahl der Krankenhäuser hat nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes um 39 (– 1,8 %) abgenommen und liegt bei 2.100. Im Vergleich zu 2005 ist die Zahl der vollstationär behandelten Krankenhauspatienten um 283.000 (+ 1,7 %) gestiegen, die durchschnittliche Verweildauer lag mit 8,5 Tagen um 2,4 % unter dem Vorjahreswert (8,7 Tage).

Auch bei den 1.250 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Deutschland hat sich die Bettenauslastung gegenüber 2005 erhöht: Sie stieg von 73,4 % auf 74,5 % bei einer Verringerung der Bettenkapazität um 2.500 (– 1,4 %) auf 172.000. Je 100.000 Einwohner standen 209 Betten (2004: 212) in diesen Einrichtungen zu Verfügung. Gegenüber 2005 wurden 12.000 Patienten mehr (+ 0,6 %) gezählt, die sich durchschnittlich 25,6 Tage in der Einrichtung aufhielten (– 0,6 %).

Studiengruppen zu Migration und Integration

In Deutschland leben mehr als 15 Millionen Menschen mit „Migrationshintergrund“ – ein bedeutender Teil der Bevölkerung. Dennoch weiß man bisher nur wenig über deren Gesundheitszustand und darüber, wie sie die Institutionen des Gesundheits-

wesens – seien es Arztpraxen, Krankenhäuser oder Pflegeeinrichtungen – nutzen. Die VolkswagenStiftung legt daher eine Ausschreibung vor für „Studiengruppen zu Migration und Integration“, die sich mit dem Forschungsschwerpunkt „Migration und Gesundheit“ auseinander setzen sollen.

Ziel der Studiengruppen ist es, dass Wissenschaftler und Experten aus der Praxis ihre jeweiligen Kompetenzen bündeln – und dies durchaus auch über Ländergrenzen hinweg. Vorausgesetzt wird die Bereitschaft der Beteiligten, ihre Forschung im Dialog mit Vertretern relevanter Einsatzfelder vorzunehmen. Die Stiftung will in diesem Rahmen bis zu drei neue Studiengruppen mit jeweils maximal 800.000 Euro fördern bei einer Laufzeit von drei Jahren. Das Auswahlverfahren erfolgt in zwei Stufen: Zunächst wird anhand von Skizzen eine Vorauswahl getroffen; bei einem positiven Ergebnis folgt dann die Aufruforderung zur Antragstellung. Stichtag für das Einreichen der Skizzen ist der 15. Januar 2008.

Weitere Informationen stehen im Internet unter www.volksbankstiftung.de/fileadmin/downloads/merkblaetter/MB_78b_d.pdf

Drogenkonsumenten

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe hat im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit das Modellprojekt FreD „Frühintervention bei erstauffälligen Drogenkonsumenten“ durchgeführt. Die hierbei erstellte Studie beweist eine breite Akzeptanz und Wirksamkeit.

Das seit 2000 eingesetzte Bundesmodellprojekt belegt, dass FreD von den Beratungsstellen gut angenommen wird. Mehr als 140 Einrichtungen arbeiten nach dem Konzept von FreD oder einer vergleichbaren Methode, 42 Einrichtungen beabsichtigen ein solches Angebot einzuführen. Pro Einrichtung wurden durchschnittlich 30 Jugendliche und junge Heranwachsende unter 21 Jahren betreut. 78,6% der Befragten geben an, den Konsum von illegalen Drogen re-

duziert zu haben, 44,3% auch den Konsum von Alkohol und/oder Tabak. Immerhin 50% der Jugendlichen blieben sogar ganz abstinenz, knapp 70% waren polizeilich nicht mehr auffällig.

Die komplette Studie steht im Internet unter www.bmg.bund.de/cln_040/nn_604240/SharedDocs/Download/DE/Themenschwerpunkte/Drogen-und-Sucht/langfassung-bericht-fred.html

Internetportal für Frauen in der Lebensmitte

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) hat auf das Informationsbedürfnis von Frauen zu Fragen der Gesundheitsförderung sowie auf die verstärkte Nachfrage nach Informationen und Tipps für ein gesundes Älterwerden reagiert und ein neues Internetportal gestartet. Das Portal der BZgA enthält aktuelle und abgesicherte Informationen für Frauen in der Lebensmitte, z.B. zur Bedeutung von Vorsorge- und Früherkennung, zu Fragen der gesunden Ernährung, zum Thema psychische Erkrankungen, zu den verschiedenen Aspekten der Wechseljahre sowie zu den Möglichkeiten der Gesundheitsförderung und Prävention ab dem mittleren Lebensalter. Eine übersichtliche Wegweiser-Struktur führt Interessierte zu den verschiedenen Themen. Hier sind Daten, Materialien und Broschüren sowie Organisationen abrufbar, in der Regel über direkte Links oder Download-Möglichkeit.

Eine besondere Bedeutung für Prävention und Gesundheitsförderung im mittleren Lebensalter haben Sport und Bewegungsaktivitäten: Schon leichte Aktivität führt zu einer Risikoreduzierung eines Schlaganfalles von 20% bei 50-69jährigen Frauen. Gerade in der Umbruchphase der Lebensmitte, die mit körperlichen und psychosozialen Veränderungen einhergeht, kann Bewegung zu Gesundheit und Fitness, zu Gewichtsreduktion sowie zu Entspannung, Wohlbefinden, und gesteigerter Leistungsfähig-

keit beitragen. Das Frauengesundheitssportal bietet hier zahlreiche Links und Informationen zu geeigneten Sport- und Bewegungsangeboten im Freizeit- und Breitensportsektor, z.B. Tipps zur optimalen sportlichen Belastung für Einsteigerinnen oder auch Bewegungsmöglichkeiten bei bestehenden Vorerkrankungen.

Weitere Informationen stehen im Internet unter www.frauengesundheitsportal.de

Wirtschaftsmotor Alter

Gute seniorengerechte Produkte und Dienstleistungen sind eine Wachstumsbranche. Sie steckt in Deutschland allerdings noch in den Kinderschuhen. Das ist ein wesentliches Ergebnis der Studie „Wirtschaftsmotor Alter“, die Roland Berger Strategy Consultants im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellt hat.

Hiermit in Verbindung steht auch das neue Unternehmensprogramm „Wirtschaftsfaktor Alter – Unternehmen gewinnen“. Es soll Wirtschaft, Wissenschaft, Verbraucher- und Seniorenorganisationen sowie die älteren Menschen selbst stärker miteinander ins Gespräch bringen. Hierzu wird eine eigene Geschäftsstelle eingerichtet. Diese wird eine Informations- und Kooperationsbörse aufbauen und ein Forum bieten für den Austausch zwischen Wissenschaft, Senioren- und Verbraucherorganisationen sowie Unternehmen. Der Bund stellt dafür in den Jahren 2008 bis 2010 rund vier Millionen Euro zur Verfügung.

Die Kurz- und Langfassung der Studie steht im Internet unter www.bmfsfj.bund.de/Publikationen/Ältere_Menschen/Studie_Wirtschaftsmotor_Alter

Pflegedokumentation

Mit dem Handbuch „Pflegedokumentation stationär“ legt das Bundesministerium für Familie, Senioren,

Frauen und Jugend den Pflegeverantwortlichen in der stationären Altenhilfe eine praxisnahe Anleitung zur Pflegedokumentation vor. Die Empfehlungen basieren auf umfangreichem Erfahrungswissen und geben spezifische Anleitungen für typische und alltägliche Pflegesituationen, zum Beispiel in den Bereichen Mangelernährung und Flüssigkeitsdefizit, Sturz oder Demenz.

Die Pflegedokumentation ist ein Instrument zur Qualitätssicherung in den Heimen, aber auch zur Information sowie Kommunikation zwischen Bewohnerinnen, Bewohnern und Pflegekräften. Dokumentationen spielen darüber hinaus im Rahmen des Prüfauftrages der Aufsichtsbehörden eine große Rolle und sind zum Nachweis der Pflegequalität auch juristisch relevant. Um den besonderen Praxiswert des Handbuchs „Pflegedokumentation stationär“ zu verdeutlichen, wird das Bundesfamilienministerium im Zeitraum von August 2007 bis Juli 2008 eine Fortbildungsserie an insgesamt 15 Standorten in Deutschland fördern.

„Pflegedokumentation stationär – Das Handbuch für die Pflegeleitung“ steht im Internet unter www.bmfsfj.bund.de ↗ **Publikationen** ↗ **Themenbereich „Ältere Menschen“**

Mütter mit Kleinkindern

Die aktuellen Ergebnisse des Mikrozensus, der größten Haushaltsbefragung in Europa, zeigen, dass in Deutschland im Jahr 2005 rund 1,9 Millionen 15- bis 64-jährige Mütter Kleinkinder von unter drei Jahren im Haushalt groß gezogen haben. Das sind rund 154.000 Mütter weniger als im April 1996. Zu den Kindern zählen dabei – neben leiblichen Kindern – auch Stief-, Pflege- und Adoptivkinder. Die Ergebnisse des Mikrozensus zeigen weiter, dass die Zahl der Mütter mit Kleinkindern im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) im Vergleich zu 1996 um 225.000 auf 1,5 Millionen in 2005 sank, während sie in den neuen Ländern (einschließlich Berlin) um 71.000 auf rund 346.000 im Jahr 2005 anstieg.

Von den deutschlandweit rund 1,9 Millionen Müttern mit Kleinkindern betreute 2005 fast die Hälfte (48%) ein Kind im Haushalt. 36% der Mütter mit Kleinkindern versorgten zwei Kinder im Haushalt, von denen mindestens eines unter drei Jahre alt war. Bei 16% der entsprechenden Mütter lebten insgesamt drei und mehr Kinder im Haushalt. Rund drei Viertel (76%) der Mütter mit Kleinkindern waren Ehefrauen, 13% lebten ohne Trauschein mit ihrem Lebenspartner im Haushalt zusammen. 11% waren allein erziehende Mütter.

Weitere Ergebnisse des Mikrozensus 2005 zu den Lebensformen der Bevölkerung, zu Haushaltsstrukturen oder zur Gesundheitssituation der Bevölkerung stehen in der Pressebroschüre Leben in Deutschland: Haushalte, Familien und Gesundheit – Ergebnisse des Mikrozensus 2005, unter www.destatis.de

Gesundheitsförderung von Anfang an

Mit dem Elternordner „Gesund groß werden“ informiert die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit über den Inhalt und Ablauf der Früherkennungsuntersuchungen für Kinder und Jugendliche. Darüber hinaus enthält der Ordner Tipps zur gesunden Entwicklung eines Kindes, zur Krankheitsvorbeugung und notwendigen Impfungen.

Der Elternordner „Gesund groß werden“ ist in der ersten Auflage für Multiplikatoren wie Krankenhäuser, Städte und Gemeinden sowie Ärztinnen und Ärzte gedacht. Derzeit wird der Elternordner noch wissenschaftlich und praktisch erprobt und fortentwickelt. Eine zweite, durch Praxiserfahrung aktualisierte Fassung des Elternordners erscheint voraussichtlich Ende 2008 und ist dann für die breite Öffentlichkeit zugänglich.

Weitere Informationen zur Bestellung und auch für Eltern stehen im Internet unter www.kindergesundheit-info.de.

BAföG-Empfänger

Nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes erhielten im Jahr 2006 in Deutschland rund 818.000 Personen (gut 319.000 Schüler und Schülerinnen sowie 499.000 Studierende) Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Dies waren knapp 11.000 oder 1,3% weniger als im Vorjahr. Die Zahl der geförderten Studierenden ging um 8.300 (– 1,6%), die der geförderten Schüler und Schülerinnen um 2.500 (– 0,8%) zurück.

Die Ausgaben des Bundes und der Länder nach dem BAföG betragen im Jahr 2006 2.256 Millionen Euro, 24 Millionen Euro oder 1,1% weniger als im Vorjahr. Für die Schülerförderung wurden 717 Millionen Euro (– 8 Millionen) bereitgestellt und für die Studierendenförderung 1.539 Millionen Euro (– 16 Millionen). Im Durchschnitt erhielten geförderte Schülerinnen und Schüler monatlich 301 Euro pro Person und geförderte Studierende 375 Euro pro Person. Der durchschnittliche Förderungsbetrag je Person und Monat ist damit gegenüber 2005 nahezu gleich geblieben.

Berufsorientierung

Gezielte Modelle zur besseren Orientierung hat das Programm „Schule-Wirtschaft/Arbeitsleben“ (SWA) entwickelt, das vom Bundesbildungsmi-nisterium seit 1999 für sieben Jahre gefördert wurde. Das SWA-Programm hatte zum Ziel, Jugendlichen bereits während der Schulzeit vertiefte Einblicke in die Arbeits- und Berufswelt zu geben und Betriebe für die Ausbildung zu motivieren. Es wurden Modelle geschaffen, um die Übergänge von der Schule in das Arbeits- und Berufsleben zu erleichtern. Gleichzeitig wurde das Ziel verfolgt, neue Kooperationsformen zwischen Schulen und verschiedenen Partnern zu entwickeln und zu verstetigen. Das Programm wurde mit einem Gesamtvolumen von 26 Millionen Euro fast zur Hälfte vom Europäischen Sozialfonds (ESF) ko-finanziert.

Weitere Informationen im Internet unter www.swa-programm.de